

**WAS STEHT IM BERICHT DER
KOHLEKOMMISSION UND WAS SAGT DIE
GJ DAZU?**



**GRÜNE
JUGEND**

DER BERICHT, KLIMAKRISE UND EIN PAAR ZAHLEN

Die Kohlekommission wurde Mitte 2018 von der Bundesregierung eingesetzt, um die Frage zu klären, ob und wann aus der Kohleverstromung ausgestiegen wird. Erster Kritikpunkt daran ist, dass die Bundesregierung nicht den politischen Mut hat, diese Entscheidung alleine zu fällen. So hat sie die Kommission eingesetzt, um den beschlossenen Bericht im Nachhinein als Konsens aller Beteiligten (also sowohl Energiekonzerne als auch Klimabewegung) zu verkaufen - es waren aber weder Vertreter*innen der Opposition oder zukünftiger Generationen in der Kommission vertreten. Falls der Ausgang der Regierung allerdings nicht gefällt, kann sie immer noch beschließen, den Abschlussbericht der Kohlekommission nicht zu beachten. Somit ist die sie also erstmal fein raus und kann aus der Situation für sich das Beste „raus“-bekommen.

Zunächst kurz ein paar Fakten zu Deutschland als Kohlestrom-Nutzer Nummer eins in Europa: Deutschland steht bei der Frage, wie man den Ausstieg aus der Kohle weltweit hinbekommen kann, unter Beobachtung. Mit 20 % der globalen Fördermenge ist Deutschland mit Abstand der größte Braunkohlenutzer weltweit. Die Fördermenge beträgt etwa das Zweieinhalbfache von anderen großen Förderländern wie Russland, Australien, Polen und der USA¹. Deswegen schauen viele andere Länder in Europa aber auch weltweit auf das Beispiel der Kohlekommission, und so zieht die Entscheidung der Kommission auch außerhalb von Deutschland -Aufmerksamkeit auf sich. Das ist wichtig im Hinterkopf zu behalten, weil mit dieser Entscheidung ein Exempel statuiert wird: Mit welchen Maßnahmen wird aus der Kohle ausgestiegen, unter welchen Bedingungen und stimmt das Ausstiegsdatum mit dem Pariser Abkommen überein?

PARISER ZIELE UND DIE 1.5 GRAD GRENZE

Der Abschlussbericht der Kohlekommission sieht einen Ausstieg aus der Kohle bis 2038 vor. Ebenfalls wird erwähnt, dass ein Ausstieg allerfrühestens 2035 stattfinden kann. Es wird also versucht eine "Mindeshaltbarkeit" des dreckigsten Energieträgers festzulegen - ein Schlag ins Gesicht aller junger Menschen. In den Jahren 2023, 2026 und 2029 sollen sogenannte „Bewertungen der Situation“ stattfinden. Diese Bewertungen sollen überprüfen, ob die Maßnahmen mit Bezug auf Versorgungssicherheit, Strompreisniveau, Klimaschutz, Weiterentwicklung des EU-Beihilferechts und Strukturentwicklung übereinstimmen, und ob das Ausstiegsdatum noch eingehalten werden kann. Es wird in der Logik der Kohlekommission keinen schnelleren Ausstieg als 2035 geben und auch ein Anheben der Erneuerbaren-Ziele ist demnach nicht möglich. Es gibt außerdem keine Möglichkeit den Ausstieg ambitionierter zu machen, selbst dann nicht, wenn wir uns dazu international mehr verpflichten.

Viele verschiedene wissenschaftliche Szenarien belegen, dass nur ein Kohleausstieg bis allerspätestens 2030 dazu führt, dass die 1,5-Grad-Grenze (welche das Pariser Abkommen festgelegt hat) eingehalten werden kann. Eine 2-Grad-Grenze würde bedeuten, dass sogenannte „Kipppunkte“ erreicht werden, die dazu führen, dass irreversible Schäden entstehen (wie z.B. das bereits beginnende Sterben vieler Korallenriffe, die Meeresströmungen würden sich weiter verändern und vieles mehr).

ENERGIEWIRTSCHAFT MACHT SICH EINEN SCHLANKEN FUSS

Die Grüne Jugend setzt sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2025 ein, da vor allem die Energiewirtschaft der Bereich ist, der am schnellsten transformiert werden kann. Hier sind die Alternativen wie Wind und Sonne bereits preiswert und neue Speichertechnologien erleben gerade den Durchbruch. Zudem ist diese Form der Energiegewinnung meist demokratischer und dezentraler. Die Probleme bei der „Stromwende“ wie schleppender Netzausbau oder hohe Kosten sind nicht technisch sondern rein politisch verursacht. Wer weiterhin zugunsten der Industrie den Energiesektor beim Klimaschutz mit Samthandschuhen anpackt, obwohl die meisten Reduktionen dort ohne Zutun durch den Zusammenbruch der alten DDR-Industrie erfolgte, der muss auch sagen was stattdessen nötig ist: Sofortige Agrarwende, Stopp des Verkaufs von Verbrennungsmotoren und Milliardenprogramme zur Sanierung der Gebäude.

Abbildung 1 zeigt nochmal die verschiedenen Szenarien und bis wann ein Ausstieg aus der Kohle notwendig wäre. Kleiner 2° (in der 1. Spalte zu sehen) heißt allerdings nicht, dass die 1,5-Grenze eingehalten wird. Diese Abbildung macht auch klar, dass ebenfalls in Europa schnell gehandelt werden muss, um das Pariser Klimaabkommen noch einzuhalten. In diesem Fall ist ebenfalls ein Kohleausstieg bis 2030 notwendig.

Abbildung 1: Verschiedene wissenschaftliche Szenarien für eine 1.5-2° Grenze und die Kohleausstiegsdaten¹

	STUDIE	ANNAHME KLIMAPOLITISCHES ZIEL – MAXIMALE ERWÄRMUNG	KONSEQUENZ FÜR KOHLEVER- STROMUNG
IN DEUTSCHLAND	(PROGNOS UND ÖKO-INSTITUT 2017)	KLEINER 2°	KOHLEAUSSTIEG BIS 2035
	GREENEE-SZENARIO (UBA 2017A)	95 % REDUKTION IN 2050	KOHLEAUSSTIEG BIS 2040
	95 % KLIMAPFAD (BCG UND PROGNOSES 2018)	95 % REDUKTION IN 2050	REDUKTION KOHLESTROM BIS 2040 UM 96 % GGÜ. 2017
	KLIMASCHUTZSZENARIO – KS 95 (ÖKO-INSTITUT UND FRAUNHOFER ISI 2015)	95 % REDUKTION IN 2050	REDUKTION KOHLESTROM BIS 2040 UM 87 % GGÜ. 2017
IN EUROPA	BELOW 2 DEGREES SZENARIO DER INTERNATIONALEN ENERGIEAGENTUR (IEA 2017C)	KLEINER 1,75°	KOHLEAUSSTIEG BIS 2030
	SUSTAINABLE DEVELOPMENT SZENARIO DES WORLD ENERGY OUTLOOKS 2017 (IEA 2017D)	KLEINER 2°	REDUKTION KOHLESTROM BIS 2040 UM 86% GGÜ. 2016
	(CLIMATE ANALYTICS 2017)	1,5° BIS 2°	KOHLEAUSSTIEG BIS 2030

DEUTSCHE KLIMASCHUTZZIELE -VS PARISER ABKOMMEN

Die Arbeit der Kohlekommission erfolgte im Rahmen des Einsetzungsbeschlusses. Diesem zufolge ist der Klimaschutz jedoch nur ein Abwägungsgrund neben vielen anderen wie Wachstum, Beschäftigung und Strukturwandel. Zudem wurde nur im Rahmen der schon 2007 von der Bundesregierung lange vor dem Pariser Abkommen (2015) festgelegten deutschen Klimaziele gedacht. Auch das völlig unzureichende Ziel von nur 65% Erneuerbaren bis 2030 ist ein Hohn auf den Klimaschutz. Diese Ziele reichen allesamt nicht aus, um die 1.5-Grad-Grenze einzuhalten. Das Pariser Abkommen fordert eine eindeutig schnellere Drosselung der CO₂-intensiven Kohleverstromung. Um die 1.5-Grad-Grenze einzuhalten, müssen bis spätestens 2050 alle Sektoren (Energie, Landwirtschaft, Mobilität, Industrie usw.) emissionsneutral funktionieren. Nur noch 5% der Gesamtemissionen im Vergleich zu 1990 wären bis 2050 erlaubt. In der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts müsste dann versucht werden, die Emissionen komplett auf Null zu bekommen.

2038 UND NUN?

Abbildung 2 zeigt, dass der Pfad, den die Kohlekommission beschlossen hat, eigentlich keine besonderen Einschnitte in der Kohleverstromung bis 2030 hat. Erst nach 2030 wird eigentlich die Kapazität von Kohle im Vergleich zu den wahrscheinlich ohnehin stattfindenden Stilllegungen heruntergeschraubt. Viel zu spät, viel zu feige. Das heißt, dass weitere 11 Jahre einfach nur so weitergemacht wird, ohne große Reduktionen in der Kohleverstromung vorzunehmen. Für uns sind das 11 vergeudete Jahre, die im Kampf gegen die Klimakrise draufgehen. Diese 11 Jahre sind allerdings die wichtigsten und drängendsten Jahre für die internationale Klimapolitik, um das Ruder nochmal rumzureißen.

Abb.2: Deutsche Kohleverstromung und die verschiedenen Ausstiegspfade²

German coal CO₂ emissions are already falling...

...but a 2038 phaseout could exceed a "below 2C" path by more than a billion tonnes

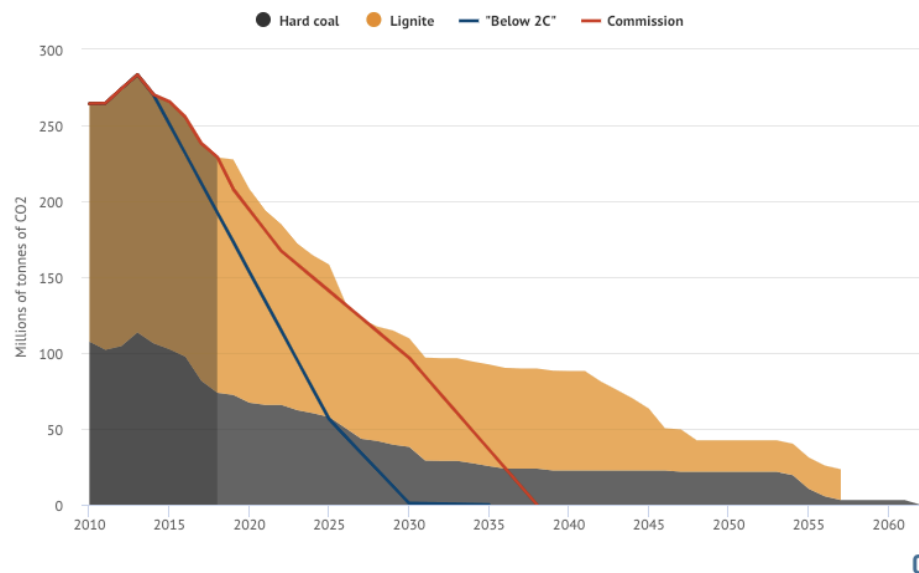


Abb 2: blauer Pfad = kleiner als 2°: dieser sieht einen Ausstieg bis 2030 vor, damit das 1.5-2 ° Szenario noch erreicht werden kann. Der rote Pfad ist der, der von der Kohlekommission beschlossen wurde, das ist eindeutig zu spät, um unter 1.5 ° zu bleiben ²

WAS PASSIERT EIGENTLICH MIT DEM HAMBACHER WALD?

Der Hambi soll laut der Kommission wenn möglich bleiben, trotzdem ist das nur eine Empfehlung und kein Muss, das lehnt die Grüne Jugend ab. Wir fordern eine eindeutige Sicherheit für den Hambi und für alle Dörfer, die noch wegen Kohleabbau bedroht sind. Akut ist beispielsweise das Dorf Proschim in Brandenburg bedroht, für das die Kohlekommission

40 MRD € FÜR DIE KOHLEREGIONEN – GUT ODER SCHLECHT?

Neben dem Beschluss, 2038 aus der Kohle auszusteigen, wurde mit dem Abschlussbericht eine Summe festgelegt, die in die heutigen Kohleregionen fließen und den Ausstieg abfedern soll. Allerdings ist in dem Abschlussbericht nicht festgelegt, in welche Projekte konkret diese Gelder fließen. Die Ministerpräsidenten haben eine 200-seitige Liste an Vorschlägen für Struktur- und Abfederungspläne vorgelegt, allerdings muss diese jetzt erstmal von Wirtschafts- und Finanzministerium überprüft werden. Natürlich begrüßt die Grüne Jugend, dass die Regionen und die Kohlearbeiter*innen nicht alleine gelassen werden in ihrem Bemühen, sich nach der Kohle ein neues Standbein aufzubauen. Doch statt in Regionen und Beschäftigte wird ein Großteil des Geldes in die Konzerne fließen, die jetzt auch noch dafür belohnt werden sollen, sich einem klimafreundlichen Umbau verweigert zu haben. Die Kohlekommission hat nicht einmal eine verbindliche finanzielle Absicherung aller Arbeiter*innen festgeschrieben. Wir fordern daher, dass die Beschäftigten im Kohlesektor bis zum regulären Renteneintritt oder der Aufnahme einer Anschlussstätigkeit finanziell abgesichert werden. Die übrigen Gelder dürfen keine Blanko-Checks für die Landeskassen sein. Stattdessen müssen sie an einen Zweck gebunden werden, um sicherzustellen, dass sie beispielsweise in den Ausbau von Bildungseinrichtungen, Weiterbildungen oder den Aufbau eines nachhaltigen ÖPNVs fließen – und zwar in allen vom Strukturwandel betroffenen Regionen. Wir würden uns allerdings wünschen, dass die Konzerne und nicht die Landes- bzw. Bundeskasse für die Renaturierungsmaßnahmen aufkommen. Denn genau diese haben jahrelang auf den Kosten unserer aller Lebensgrundlagen Gewinne eingefahren – dafür sollten sie auch zahlen.

QUELLEN:

1. (2018): Kohlereader "Die Beendigung der energetischen Nutzung von Kohle in Deutschland – Herausforderungen meistern und Strukturwandel gestalten". Oei et al (2018): Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wuppertal Institut, Ecologic Institut
2. <https://www.carbonbrief.org/analysis-how-far-would-germanys-2038-coal-phaseout-breach-paris-climate-goals>

Fragen und Kontakt:

Bei (inhaltlichen) Rückfragen wendet euch gerne an Anna aus dem Bundesvorstand: (anna.peters@gruene-jugend.de).